Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 450 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Morgen-Ausgabe — Sonnabend, 1. Oktober

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Klägliche Ausreden Dr. Wirths!

Deutscher Reichstag

Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen.

Abg. Reichert (Deutschnat.) fragt, gestützt auf eine Mitteilung des „Berliner Tageblattes", ob die angeblich dem Friedensvertrag von Versailles zugrundegelegte Adresse von 150 000 Angehörigen des Saargebietes, die die Schaffung eines eigenen Saargebiets gefordert habe, gefälscht sei, und ob die Regierung daraus einen Grund zur Revision ableiten wolle.

Regierungsseitig wird erklärt, daß von einer solchen Adresse überhaupt nichts bekannt sei. Im übrigen werde eine Denkschrift über die Angelegenheiten des Saargebietes noch im Laufe des Oktobers erscheinen.

Auf eine Anfrage des Abg. Mumm (Deutschnat.) teilt ein Regierungsvertreter mit, daß noch 366 Gefangene in französischer Gefangenschaft sind.

Auf eine Anfrage des oberschlesischen Abgeordneten erklärt der Minister des Innern, daß die Reichsregierung unter allen Umständen das Gesetz über die Autonomie Oberschlesiens zur Durchführung bringen werde.

Es folgt die Beratung des

Friedensvertrages mit Amerika.

Abg. Stöcker (Komm.): Auch dieser Vertrag sei nur ein Diktat der Börse von New-York und ihrer Handlanger in Washington. Dieser Vertrag paßt zu den 14 Punkten wie die Faust aufs Auge. Wir lehnen ihn zusammen mit der amerikanischen Sozialdemokratie ab.

Der Vertrag wird in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Präsident spricht seine Befriedigung darüber aus, daß nunmehr der Weg gefunden sei, die letzten noch aus dem Kriege herrührenden Differenzen zu beseitigen. Hoffentlich werde der jede zwischen uns und Amerika nie wieder gestört.

Sämtliche Anträge und Interpellationen wegen Frage auf Durchkreuzung der Politik des Reichskanzlers,

des Schutzes der Republik

und der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom August werden miteinander verbunden.

Abg. Hergt (Deutschnat.)

Es dauert, daß der Reichskanzler nicht selbst Gelegenheit genommen, über die schweren Gefahren der letzten Tage und den Zwiespalt zwischen den Verordnungen des Reichspräsidenten vom August und vom September zu sprechen. Es liegt ein Rückschlag auf der ganzen Linie vor, aber kein siegreicher Rückzug. Wenn es der Reichsregierung mit dem inneren Frieden, wie sie immer im Munde führt, ernst gewesen wäre, hätte sie sich offen zugegeben, daß sie zu weit gegangen sei. (Lachen links.) Wir Deutschnationalen sind bereit, unsere Versöhnungspolitik durch die That zu bekräftigen. Der Geist der Regierung ist aber der gleiche geblieben. Deshalb müssen auch in der Kampfstellung verharren. Der Kanzler will zu unserschöpftes Material über die Mordatmosphäre um uns in Bayern haben, aber er kommt nicht damit heraus. Vielleicht gibt er hier im Hause einen besseren Resonanzboden zu finden. Der bayerischen Frage kommt Redner zu dem Schluß, daß nicht einmal geprüft worden sei, ob die Ausnahmebestimmungen einzelner Landesteile nicht tatsächlich eine Notwendigkeit gewesen seien. Die Verordnung des Reichspräsidenten war als einfach ein Aufruf zur Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen. Jetzt ist sie natürlich geändert worden. Wenn jetzt aber der Reichstagspräsident in den Ausführungen Andeutungen gemacht habe, die auf eine Kenntnis der Akten schließen lassen, so bedauere er, daß keine größere Zurückhaltung geübt worden sei. Die Zulässigkeit beider Mörder Erzbergers zur Deutschnationalen Partei sei nicht einmal erwiesen. Jedenfalls sehen wir der gesetzlichen Auseinandersetzung getrost entgegen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung genau wie jede andere Partei (ironische Zurufe), und wir ersuchen den Kanzler, diese Erklärung zu respektieren. Wir protestieren gegen haltlose Verdächtigungen und Fechterkunststückchen. Dem zentnerschweren Material des Gegners können wir tonnenschweres Material entgegensetzen. Der Reichskanzler sieht nur auf das Aeußere, nicht auf den Kern der Sache. Unser Volk weiß, daß es nicht besiegt ist, sondern nur den Einflüssen unterlegen. Daher seine Liebe zu den alten Gegnern. Wir bestreiten nicht, daß die Sozialdemokratie auch Volksgefühl besitzt, aber sie soll es betätigen, namentlich der Rechten gegenüber. (Unruhe. Zuruf: Aber nicht in Ihrem Sinn!) Redner kritisiert dann das Verhalten des Reichskanzlers, der, statt ein Reichsmehrer und -Erhalter zu sein, lediglich Kämpfer in die Arena gestiegen sei. Es sei für einen Mann, der über dem ganzen stehen soll, unerhört, daß dem Ausland gegenüber das Volk zusammenzuschließen, trotz zur Zersplitterung bei. Auch der Rest der Verordnungen des Reichspräsidenten müsse fallen. (Beifall rechts. Zischen links.)

Abg. Dittmann (Unabh.): Wenn die Deutschnationalen sich heute harmlose Mäntelchen umhängen, so lasse sich niemand darüber täuschen. Ihre Maulwurfsarbeit zur Wiederaufrichtung ihrer Herrschaft, ihre Putschtaktik, ihre Schaffung bewaffneter Truppenkörper auf einzelnen Gütern des Landbundes sei bekannt. In Bayern und jüngst in Salzburg sei das Zentrum; die Republik bedrohenden Elemente. Die harmlosen Deutschnationalen wissen nichts davon. Kein Wunder, daß die Deutschnationalen ihre Jubelhymnen auf das Kahr-Bayern sangen. Auch Baden hat ähnlichgleichen. Dort nützen sie die Ausnahmebestimmungen für ihre Zwecke aus. Redner begründet nunmehr die Anträge seiner Partei.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Kennzeichnung der politischen Situation durch den Abgeordneten Hergt als in politische Schlacht trifft zu. Die Schlacht ist geschlagen und nachdem ein friedliches Ergebnis mit Bayern erzielt ist, besteht kein Anlaß mehr zu irgendwelcher Befürchtung. Das Programm der Reichsregierung aber, den Ausnahmezustand in Deutschland, wo er auch noch bestehen mag, zu beseitigen, habe ich durchgeführt, und in Preußen habe ich dagegen auch Protest geltend gemacht. Der bayerischen Regierung war kein Zweifel gelassen worden, daß bei einer neuen Abstimmung im Reichstag das Ausnahmegesetz Bayerns fallen würde. Angesichts dieser Sachlage sind wir zu einem Kompromiß gekommen. Man nennt dies einen Rückzug. Besser ein solcher, als eine verlorene Schlacht. Jedenfalls bin ich Herrn von Lerchenfeld für sein bereitwilliges Entgegenkommen herzlich dankbar. Herr Hergt ruft zur nationalen Sammlung auf. Haben die Auslassungen auf dem deutschnationalen Parteitag dem entsprochen? Hatte er nicht heute selber seine ganze Rede auf die vertrauliche Auslassung aufgebaut, die der Reichskanzler dort getan? (Pfuirufe. Große Unruhe.) Redner stellt jedenfalls den Wortlaut seiner Aeußerungen über sein Verhalten gegenüber dem Reichspräsidenten fest und betont die Notwendigkeit, dem psychologischen Moment Rechnung zu tragen. An seiner nationalen Gesinnung zu zweifeln, hatten Sie keinen Anlaß. Aber die Gedenktage, die die Deutschnationalen für ihre Partei ausgenutzt haben, haben den Interessen unserer Nation nicht immer genützt. Redner zitierte Auslassungen der „München-Augsburger Abendzeitung", wonach Präsident Ebert nicht vom Volk, sondern von einem Haufen bolschewistischen Gesindels gewählt sei. (Große Unruhe.) Herr Hergt hat selbst erklärt, für uns Deutschnationale gebe es keine Erfüllung des Ultimatums. Nicht einmal einen Versuch dazu. Da scheiden sich die Geister. Aus unserm redlichen Versuch zur Erfüllung uns ein Verbrechen zu machen, übersteigt alle Grenzen. Wir wollen gern die alten Kuhmestaten feiern, aber wir müssen alles vermeiden, was auch die jetzigen Verhältnisse berühren kann. Wenn ich das Material an Beschimpfungen gegen die Regierung vorlegen wollte, müßte ich mindestens acht Stunden reden. Sie haben die Verordnungen der Regierung verhöhnt und verspottet. Redner hofft, daß alle, die politisch guten Willens seien, dies auch von den Deutschnationalen annehmen möchten. Die Befürchtung, daß die monatelang von der Rechten betriebene Verhetzung zu Maßnahmen führen müsse, ist Gemeingut des gesamten Kabinetts gewesen. Auch die badischen Enthüllungen haben unsere Befürchtungen noch übertroffen, griffen sie doch bis nach Oberschlesien hinüber. Wir danken allen, die mit den Waffen in der Hand dort um die deutsche Scholle gekämpft haben. Die badischen Enthüllungen beweisen, daß es sich um den Versuch zu einem Kapp-Putsch gehandelt hat. (Gelächter rechts; Lärm links.) Die Republik muß gegen die reaktionären Umtriebe geschützt werden. Die Erfüllung des Ultimatums, die Entlassung der Offiziere und Auslieferung der Waffen hat uns eine Aufgabe gestellt, die sehr schwer war. Sieben Offizieren etwa vorwerfen zu wollen, sie hätten die Wünsche der Regierung sabotiert, ist nicht angebracht. Vielmehr hat die Entente selbst diese Frage sehr zögernd behandelt. Zugunsten der Beamten und Offiziere, zugunsten des ganzen Mittelstandes und auch der Arbeitslosen müssen wir etwas Entschiedenes tun. Andererseits wollen wir gern die Leistungen der Beamtenschaft anerkennen, aber sie darf sich nicht in chauvinistischem Sinne betätigen. Sie darf nicht zu Gewaltmaßnahmen drängen.

Abg. Scheidemann (Soz.) meint, Abwehrmaßnahmen gegen Mörder und Mordhetzer müßte die Regierung treffen, sonst wäre sie längst fortgefegt und der Bürgerkrieg notwendig geworden. Der Räterepublik in Bayern folgte das Regime Kahr, das in Deutschland den Hort für die Herren Hergt und Genossen erreichte, und dort das Ausnahmegesetz erließ, das die Mörder von Gareis unbehelligt ließ. Daran tragen Sie (zur Rechten) die Schuld, genau wie an dem Morde an Erzberger. Sie haben ihn um Ehre, um Einfluß, um alles, und schließlich ums Leben gebracht. Er hat dabei sicher alles getan, um seinem Vaterland zu dienen. Redner schildert die Schmähartikel der Rechten aus Anlaß des Mordes an Erzberger, zu denen man nur Pfui! sagen kann. Wir haben nichts gegen die Regimentsfeste, aber sie sollen nicht zu deutschnationalen Demonstrationen benutzt werden. Redner kommt dann auf Bayern zurück, nennt das System Kahr-Roth-Pöhner, das einem Toller sogar das Schreiben verbiete, ein Unglück für Bayern. Dies System sei nur das verkappte reaktionäre Preußentum, das uns und Bayern betrogen habe. Wir haben das Vertrauen zur Regierung Wirth, das sie alles tun wird, die Republik zu schützen und den bisherigen Kurs einzuhalten. Wer uns dabei helfen will, ist uns willkommen. Unser Programm ist klar und deutlich: wir brauchen die Republikanisierung der Verwaltung und der Reichswehr, eine Gesundung unserer Justiz. Der von den Unabhängigen beantragte Gesetzentwurf zum Schutze der Republik mag dem Rechtsausschuß überwiesen werden. (Beifall.)

Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung protestiert Helfferich (Dn.) dagegen, daß der Abg. Scheidemann ihn gewissermaßen den Meuchelmörder Erzbergers genannt habe, und stellt fest, daß er von vornherein eine Untersuchung gegen Erzberger verlangt habe. Das sei aber nicht erfolgt.

Abg. Scheidemann: Unter Helfferichs Führung sei der Angriff auf Erzberger vollführt worden. Darum trage er die Schuld am Mord. Möge er aber auch recht lange als Beispiel dafür am Leben bleiben, wie tief das parlamentarische Leben Deutschlands gesunken sei.

Fortsetzung Sonnabend 11 Uhr (Valuta-Interpellation).

Der westungarische Brandherd

Aus Wien wird geschrieben:

Genau vor vier Wochen hätte die ungarische Regierung das Burgenland der aus dem Engländer Gorton, dem Franzosen Hamelin und dem Italiener Ferario bestehenden Kommission in Oedenburg übergeben sollen. Heute scheint die Möglichkeit, daß Oesterreich in den Besitz Westungarns kommt, weiter denn je entfernt zu sein. Nach vier Wochen hat sich die Entente, nachdem mehrere sanfte Noten in Pest ohne Eindruck geblieben sind, zu einem auf zehn Tage befristeten, mit der Drohung der wirtschaftlichen Absperrung verknüpften Ultimatum aufgerafft, und die kleine Entente ist mit einem auf die Drohung der militärischen Einmischung gegründeten Ultimatum selbständig vorgegangen. Das Ultimatum der kleinen Entente ist am 24. September abends 6 Uhr abgelaufen; die ungarische Regierung hat es nicht erfüllt, sie bleibt bei ihrer bis jetzt sehr wirkungsvollen Taktik der Verschleppung, und mobilisiert unterdessen das erste Aufgebot — und die kleine Entente sieht sich in ihrem Tatendrang durch einen Einspruch der großen Entente gehemmt. Infolgedessen ist vorauszusehen, daß auch das Ultimatum der großen Entente wirkungslos bleiben wird. Es klingt schon viel weniger gefährlich als das der kleinen Entente — es sei daran erinnert, daß Ungarn im vorjährigen Sommer eine sechswöchige Absperrung des Gewerkschafts-Internationalismus ohne Einbuße überstanden hat —, und dann weiß heute die magyarische Diplomatie, daß sie mindestens unter den Franzosen und Italienern, wahrscheinlich auch unter den Engländern gute Freunde hat, die Ungarn nicht wehe tun und vor der Angriffslust der kleinen Entente schützen werden. Die Franzosen brauchen Ungarn zur Schließung des östlichen Walles gegen das deutsche Volk, die Italiener streben offenbar eine Art Rückversicherung mit Ungarn gegen das südslawische Reich an, und die Engländer denken an Bundesgenossen gegen Räte-Rußland. Bei dieser Uneinigkeit des politischen Wollens könnte Westungarn noch für Jahrzehnte eine „Frage" bleiben, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß das Magyarentum aus der diplomatischen Ohnmacht der beiden Ententen und in eigener Ueberschätzung den Mut zum Angriff schöpfte, nicht nur um Westungarn zu behalten, sondern auch um wiederzuholen, was die Tschechen, Serben und Rumänen von ungarischem Gebiet sich angeeignet haben.

Zurzeit ist die Wucht der beiden ultimativen Noten durch zwei Vermittlungsvorschläge der ungarischen Regierung an Oesterreich aufgehalten worden. Den einen überbrachte der italienische Minister des Aeußern Marchese di Toretta persönlich: die österreichische Regierung solle einwilligen, daß die Abtretung des Oedenburger Gebietes von einer Volksabstimmung abhängig gemacht wird. Drei Tage vor Ablauf des Ultimatums der kleinen Entente hat die ungarische Regierung den tschechischen Minister des Aeußern gebeten, in Wien folgenden Vorschlag zu vertreten: Oesterreich verzichtet auf das Oedenburger Gebiet, dagegen tritt Ungarn reindeutsches Gebiet in der Wieselburger Grafschaft mit etwa 30 000 Einwohnern (das Oedenburger Gebiet zählt ungefähr ebensoviel Bewohner, die Hälfte davon Volkszählung-Magyaren) an Oesterreich ab und streicht seine finanziellen Forderungen an Oesterreich im Betrag von etwa zehn Milliarden österreichischer Kronen. Zur selben Zeit aber schickte die ungarische Regierung nach Paris eine Note, worin sie darlegt, daß die Gegensätze im Innern sich zu größter Schärfe zugespitzt haben, so daß die Abtretung Westungarns der Bürgerkrieg befürchtet werden müsse. Volksvertretung und Regierung in Oesterreich haben am Freitag und Sonnabend über die beiden Vermittlungsvorschläge beraten. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß Oesterreich mit Ungarn vor der Erfüllung des Friedensvertrages nichts zu verhandeln habe. Es bestand im übrigen auch gar kein Zweifel darüber, daß es der ungarischen Regierung mit den beiden kurz hintereinander gekommenen Vorschlägen gar nicht ernst gemeint ist, daß es ihr längst schon um mehr und um Bedeutenderes als das Burgenland geht, und daß sie nur Zeit gewinnen will, um die militärische Rüstung für alle Möglichkeiten auszubauen. Der Nationalrat, der einer Meinung mit dem Bundeskanzler ist, gab der Regierung uneingeschränkte Vollmacht. Die einzige Richtlinie ist etwa die, daß Oesterreich aus den Interessengegensätzen politisch und militärisch herausbleiben müsse, daß die Erfüllung des westungarischen Punktes der Friedensverträge allein Sache der siebzehn alliierten und assoziierten Mächte sei, die die Friedensverträge diktiert haben, daß aber Oesterreich keine Veranlassung habe, für diese Friedensverträge Krieg zu führen oder sich auch nur in kriegerische Verwicklungen einzulassen. Demgemäß wird der Bundeskanzler bei der abermaligen Begegnung mit dem tschechischen Minister des Aeußern den ungarischen Vermittlungsvorschlag ablehnen, weil Oesterreich auf dem Boden der Friedensverträge stehe. Ob und welche Folgerungen dann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110011-15/fragment/page=0001

die kleine Entente aus ihrem durch diesen ungarischen Vorschlag verzögerten Ultimatum ziehen wird und ziehen kann, werden die nächsten Tage lehren. Es scheint, daß der tschechische Minister des Aeußern geglaubt hat, einen ebenso leichten politischen Erfolg wie bei der Erzwingung der Abreise König Karls aus Steinamanger erzielen zu können, daß er nur einschüchtern, aber nicht handgreiflich werden wollte. Nun ist das Ansehen der kleinen Entente in Frage gestellt, und es ist leicht möglich, daß die Magyaren, wenn sie einmal das Gruseln verlernt haben, gefährlich übermütig werden.

In Ungarn ringen die Gegner der Habsburger und die Karlisten mit dem größten Ingrimm um die Macht. Die Nationalversammlung ist seit Monaten der Schauplatz schonungsloser Hatzreden. Die Führer bekämpfen sich gegenseitig mit unbewiesenen und beweiskräftigen Verleumdungen aller Art, in den Zeitungen werden schmutzige Geldgeschichten breitgetreten, aber wo es um Lebensinteressen der Nation geht, wo das Gebiet des „tausendjährigen Reiches" in Frage steht, da beherrscht gleicher Wille und gleiche unbeugsame Entschlossenheit alle, was magyarisch ist. Im Burgenland stehen die Banden Pronays und Hejjas, auf die sich die Gegner Habsburgs stützen, gemeinsam auf der Wacht mit den Banden Osztenburgs und Lehars, die Stefan Friedrich gehorchen, der die treueste Stütze König Karls ist. Es ist unzweifelhaft, daß Stefan Friedrich, wenn er die Fahne der Integrität entfaltet und zur Wiedergewinnung der von den Tschechen, Serben und Rumänen geraubten Gebiete auffordert, nicht nur Osztenburg und Lehar, sondern auch Pronay und Hejjas um sich zu versammeln vermag. Die Magyaren wissen, daß es fünf Minuten vor zwölf ist. Heute verfügt Ungarn noch über Wehr und Waffen, die Entente hat dort die Abrüstung noch nicht durchgeführt. Das reguläre Heer wird auf hunderttausend Mann geschätzt, die Banden sollen 30 000 Mann stark sein, die Einziehung der Waffenfähigen bis zum 37. Lebensjahre ist im Gange. Alle Nachrichten, die in Wien zusammenlaufen, deuten darauf hin, daß die Machthaber Ungarns geneigt sein könnten, die Gunst des letzten Augenblickes vor der Wehrlosmachung durch die friedensvertragsmäßige Abrüstung auszunützen, indem sie alles auf eine Karte setzen. Von der Schweiz horcht König Karl herüber. Westungarn ist längst von einem lokalen Konflikt zur europäischen Frage emporgewachsen.

Verfassunggebende Kirchenversammlung

Nach mehrtägigen Gruppenberatungen über die neue Verfassung (Bekenntnisgrundlage, synodale und bischöfliche Verfassung, Wahlverfahren, soziale Aufgabe der Kirche) begannen Donnerstag die Verhandlungen mit einem Vortrag von Präses Wolff-Aachen über die Eigenart der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung und Ausführungen von Pfarrer Quistorp über die Notwendigkeit einer bischöflichen Verfassung. — Die Beratung der amtlichen Entwürfe eröffnete Geheimrat Prof. D. Feine-Halle, der als erster Redner der „Vereinigten Rechten" eingehend über die Einleitung der Verfassung sprach. Der Entwurf des Oberkirchenrates bedarf zur Festlegung der Bekenntnisgrundlage der Erweiterung. Er schlägt folgende Einleitung vor: „Die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen Preußens führt hinfort die Bezeichnung „Evangelische Kirche Preußens". Getreu dem Erbe der Väter steht sie auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, wie es in ihren Bekenntnissen, insonderheit dem apostolischen Glaubensbekenntnis, dem kleinen Katechismus Luthers und dem Heidelberger Katechismus bekannt wird. Dieses Evangelium ist die unantastbare Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeinschaft der Kirche. Für ihre äußere Ordnung gibt die Kirche sich nachstehende Verfassung. Der Bekenntnisstand und die Union in der Kirche, den Kirchenprovinzen und Kirchengemeinden werden dadurch nicht berührt." Es handelt sich mit dieser Bekenntnisformel nicht darum, die Arbeit des Verfassungsausschusses vorwegzunehmen, sondern eine Grundlage zu geben.

D. Kahl als Redner der Mittelpartei weist darauf hin, daß wir nicht vor einem Neubau, sondern vor einem durch die Zeitverhältnisse bedingten Umbau stehen. Wir müssen an das Verfassungswerk mit pietätvoll geschichtlichem Sinne herangehen. Wir legen heim Neubau der Verfassung auf geschichtliche Pietät und Treue allergrößtes Gewicht, auch wir sind bekenntnistreu. Aber unsere Aufgabe ist nicht die Schaffung eines Bekenntnisses, sondern der Verfassungsumbau. Eine Sicherung gegen Absplitterungsversuche muß in die Verfassung eingefügt werden.

Oberverwaltungsgerichtsrat D. Berner (Vereinigte Rechte) behandelte eingehend das juristische Fachwerk der Vorlage.

Prof. D. von Soden (Linke) beklagt, daß die Linke so schwach vertreten sei. Das Dogma sei heute zum Phlegma geworden (lebhafter Widerspruch). Die Konstruktion der Spitze ist weniger wichtig, als die Gemeindefrage. Pastor Michaelis (Rechte): Oberste Richtschnur der Verfassung muß sein, das geistliche Leben zu fördern; darum darf nicht zu viel reglementiert werden. Das Ziel unserer Arbeit muß ganz eindeutig sein: Der Heiland, wie ihn die Schrift bezeugt.

Darnach vertagte sich die Versammlung auf Freitag 10 Uhr.

Tagung des Reichsstädtebundes

Dresden, 30. September.

Der Reichsstädtebund, die Vereinigung der mittleren und kleinen Städte Deutschlands, trat hier zu seiner diesjährigen Tagung zusammen. Der Geschäftsführer des Bundes Dr. Haekel (Berlin) sprach über die Not der mittleren und kleinen Städte und ihre Ueberwindung. Reich und Länder handelten nach dem Satz: Jeder ist sich selbst der Nächste, die Gemeinden kämen dabei in immer größere Not. Der Reichstag müsse den Gemeinden das geben, was sie zum Leben brauchten und sich nicht selbst beschaffen könnten. Den Gemeinden müsse ebenso wie den einzelnen Personen ein Existenzminimum gewährt werden. Einzelne Gemeinden erhielten von den Banken nur noch Kredit gegen Verpfändung ihrer Wertgegenstände. Es drohe ein Zusammenbruch der Gemeinden, der einen Zusammenbruch des Reiches und der Länder nach sich ziehen müsse. Den Gemeinden müsse wieder ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer oder eine Erhöhung ihres Anteils an dieser Steuer gewährt werden. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Reichserbschaftssteuer und eine Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer seien notwendig. Fahrzeug- und Feuerversicherungssteuer müßten den Gemeinden überlassen, ihnen auch ein Zuschlagsrecht zu den Reichsgetränkesteuer gewährt und vor allem die Höchstgrenze für die gemeindlichen Verbrauchsabgaben auf Bier von 0,65 auf 10 Mark pro Hektoliter erhöht werden. Auch verlangte der Redner die Zulassung der gemeindlichen Besteuerung der Eisenbahn und volle Bezahlung der Kosten für Erfüllung der den Gemeinden vom Reich überwiesenen Ausgaben, Abbau der Erwerbslosenfürsorge und Ersatz durch Erwerbslosenversicherung usw. Dann sprachen die Bürgermeister Preuße (Werden) und Stoll (Lauenburg a. Elbe) über die Erfüllung der kulturellen und sozialen Aufgaben der mittleren und kleinen Städte. Im großen und ganzen sprach man sich zu den meisten Punkten der Referate zustimmend aus.

England gegen „Wiesbaden"

Offizieller englischer Protest

Paris, 30. September.

Die englischen Blätter melden, daß der Vertreter Englands in der Wiedergutmachungskommission gegen die Abmachungen zwischen Loucheur und Rathenau Beschwerde einlegte.

*

Wie das „B. T." aus Parlamentskreisen hört, haben Anfang dieser Woche die Verhandlungen zwischen Minister Rathenau und dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur über den Termin der neuen Zusammenkunft begonnen. Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen ist es wahrscheinlich, daß diese dritte Begegnung der Minister nächste Woche stattfinden wird. Voraussichtlich wird das Reichskabinett auch bis dahin zu dem Wiederaufbauabkommen endgültig Stellung genommen haben.

Der Inhalt des Abkommens

Paris, 30. September.

Das „Journal" veröffentlicht heute einen Artikel, der sich mit den von England gegen die Wiesbadener Abmachungen erhobenen Einwänden beschäftigt. Dem „Journal" zufolge wurden der Reparationskommission vorgelegt:

das Projekt eines Abkommens bezüglich der Naturalleistungen;

das Projekt eines Abkommens über die über Rotterdam und Antwerpen gehenden deutschen Kohlenlieferungen;

das Projekt eines Abkommens bezüglich eines Ersatzes der französischen Luftfahrzeuge;

das Projekt eines Abkommens über die Tierlieferungen;

das Projekt eines Abkommens über die Einfuhr verschiedener französischer Produkte;

drei Projekte von Abkommen, durch die Deutschland verpflichtet ist, Industrie- und Eisenbahnmaterial sowie Vieh nach Pauschalsätzen an Frankreich abzuliefern gemäß dessen Ansprüchen.

Von allen diesen Abmachungen werden nur die bezüglich der Naturallieferungen getroffenen vor der Reparationskommission erörtert werden. Danach liefert Deutschland vom 1. Oktober 1921 bis 1. Oktober 1925 Waren für die zerstörten Gebiete im Betrage von 7 Milliarden Goldmark; werden die Lieferungen, die gemäß Anhang 5 und 6 des Friedensvertrages zu vollziehen sind, nämlich Kohlen, Benzin, Farbstoff, Chemikalien, hinzugezogen, so wird sich der Wert der Gesamtlieferungen Deutschlands auf 9 Milliarden Goldmark belaufen. Gegen diese Abmachungen wendet sich nun England, indem es behauptet, daß dadurch den englischen Kaufleuten die Möglichkeit genommen werde, für die zerstörten Gebiete zu liefern. Außerdem habe sich Frankreich eine Priorität gesichert, denn es würde in den vorgesehenen vier Jahren mehr erhalten, als ihm die in den Londoner Abmachungen festgesetzten Bedingungen zugestehen. Sollte aber Deutschland nach vier Jahren zahlungsunfähig werden, so müßte Frankreich das, was es durch die Wiesbadener Abmachungen mehr erhielt, unter die anderen Alliierten, die weniger erhielten, aufteilen.

Churchill und Amerika

w. London, 30. September.

Nach der „Newyork Times" hat Churchills Vorschlag einer Finanzkonferenz im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz im November in den Vereinigten Staaten, einen ungünstigen Eindruck gemacht. Die amerikanische Delegation auf der Konferenz werde nicht in der Lage sein, die Frage der alliierten Kriegsschulden zu erörtern, bevor der Kongreß die Bill zum Gesetz erhoben habe und die Staatssekretäre ermächtigt, die ausländische Schuld neu zu fundieren. Die Mehrzahl der Abgeordneten scheine für eine Verzögerung der Bill bis nach der Abrüstungskonferenz zu sein.

Die „Times" berichtet außerdem, die Vereinigten Staaten würden wahrscheinlich keinerlei Einwand dagegen erheben, daß die internationale Konferenz getrennt von der Abrüstungskonferenz oder nach ihr zur Erörterung finanzwirtschaftlicher Fragen stattfinde.

Deutschland und Holland

w. Berlin, 30. September.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Holländische Blätter bringen eine unrichtige Mitteilung über angebliche deutsche Absichten, das Kreditabkommen mit den Niederlanden auf eine andere Basis zu stellen. Diese Mitteilung beruht offenbar auf falschen Informationen über die zurzeit schwebenden Informationen des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Aufnahme des zur Leistung der Reparationszahlungen dienenden Auslandskredits. Diese Pläne haben keinerlei Zusammenhang mit dem von Holland an Deutschland gewährten Kredit, der von Handel und Industrie besonders in letzter Zeit in zunehmendem Maße in Anspruch genommen wird.

Eingegangene Zeitungen. Die in Greiz im 21. Jahre erscheinende, erst bürgerliche, dann mehrheitssozialistische und jetzt wieder bürgerliche „Tagespost" hat heute ihr Erscheinen eingestellt. — Die „Eilenburger Ztg." hat mit dem heutigen Tage ihr Erscheinen eingestellt.

Rose Ferron

46] **Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.**

(Nachdruck verboten.)

Der Mann in seiner neuen Uniform versuchte zu lächeln, mit einem Zucken um den Mund.

„Ich werde Ihnen immer schreiben und für Sie sorgen, und," setzte sie hinzu, „ich werde auch für Sie in Ihrer Kathedrale beten."

Er beugte sich über ihre Hand . . . „Dank, Dank . . ." und wandte sich jäh . . .

Als sie denselben Weg zurückfuhr, sangen die Vögel immer noch und die Bauern arbeiteten in der Sonne.

„Jetzt ist's vorbei," dachte sie, „was nun kommt, wissen wir nicht. Das Ungewisse ist über uns." In der Trauerweide über dem Sandsteindenkmal mit dem französischen Kürassierhelm sang ein unsichtbarer Vogel mit heller Stimme jubelnd in den Morgen hinein und im Sonnendunst dehnten sich schweigend, fahl wie die Wüste, die Schlachtfelder . . .

* * *

Man hatte sich an alles schon gewöhnt, an das Hungern, das Entbehren, an die sich überstürzenden Veränderungen die jeden Tag die Zeitungen brachten, die Depeschen, um die sich die Menschen drängten, an den dumpfen Kanonendonner sogar an die Siege hatte man sich gewöhnt.

„Diese vielen Fahnen sind mir unheimlich," sagte Frau Adda. Sie glaubte nicht an den Sieg, wie Frau Lucy und Rose.

Man hatte sich auch daran gewöhnt, in jeder mondhellen Nacht vier-, fünfmal aufzustehen und sich in die kalten Keller zu flüchten vor den Fliegerbomben. In dem Nachbarhaus am Sablonplatz hatte eine Granate das Dach durchschlagen, aber sie war in ein Bett geraten, das noch dort seit dem Tode Ferrons stand, und hatte sich in dem dicken Bettzeug gefangen und war nicht geplatzt.

Aber es war doch eine ernste Mahnung.

An dem Sablonplatz lag die Dragonerkaserne, und dorthin zielten die Flieger unermüdlich. Sie warfen immer um die Kaserne herum.

Das Leben ging trotzdem weiter. Vor dem Rathaus hielten noch wie vor die Hochzeitskutschen, Kinder wurden in die Theresienkirche getragen und getauft, man zog um und die Klaviere blieben stundenlang auf der Straße stehen, bis der Fliegerangriff vorüber war; die Schulkinder machten jeden Tag ihren Weg über den Sablonplatz mit ihren Ranzen, auf dem Fluß zogen die Boote leichthin mit jungen weißgekleideten Ruderern, und des Abends klimperten die Mandolinen auf den Balkons.

Die Wandervögel zogen singend in die tiefen, dunklen Wälder, während über ihnen die feindlichen Flieger kreisten, und vor den Lazaretten hielt der schwarze Wagen Tag für Tag. Truppen kamen und gingen, die Straßen schienen unter den schweren Schritten zu dampfen und die Stadt bekam das Aussehen eines nie gereinigten überfüllten Wartesaals, sie war Etappe geworden, ein Sammelplatz für die Truppen, der Platz vor dem Bahnhof sah aus wie „Wallensteins Lager".

In Frau Lucys gelbem Salon wurde viel politisiert, man siegte und verlor, man zitterte um die Söhne und die alte Dame disputierte mit jugendlichem Feuer.

Rose erlebte eine neue Zeit, sie vergaß sich selbst darüber, jetzt stand man mitten in der Weltgeschichte, man erlebte ein Stück Geschichte. Nun brauchte sie die Großmama nicht mehr darum zu beneiden, daß sie den Krieg siebzig mitgemacht hatte.

„Kind, wünsch dir keinen Krieg!" hatte diese dann immer gesagt, „auch wenn wir siegen".

„Wenn wir verlieren", dachte Rose, „hab ich alles verloren"; aber es war etwas in ihr, das nicht zu ertöten ist durch Schmerz und Kummer, etwas, das sich immer wieder erneute und sich erhob. Sie ließ den Kopf nie mutlos sinken.

Sie brachte überall ihre eigene Frische mit und richtete die anderen auf.

Eines Tages kam Rex, der Vielbeschäftigte.

„Ich suche eine Dame zur Leitung meines Krankenhauses, wären Sie bereit, schöne Frau? Ich denke Sie mir dazu sehr wirkungsvoll."

„Was braucht sie denn zu können?"

„Nichts, als was Sie können. Vor allem Takt. Meine Schwestern liegen sich alle in den Haaren. Ich brauche eine glättende Hand, jemand, der schon beruhigt, wenn er eintritt. Sie haben so etwas in der Stimme, was Ihnen sicher Ihre Verehrer schon seit zwanzig Jahren sagen —"

„Muß ich ein schwarzes Wollkleid mit einer eisernen Brosche tragen, oder fällt das bei Ihnen fort?"

„Es ist nicht unbedingt erforderlich", sagte er, „ich liebe das Heitere. Schwarze Wolle haben wir genug . . . Also Sie kommen?"

Die Mutter fand es ganz vernünftig von Rose, Arbeit war das Beste in diesen Tagen.

Rose wohnte nun tagsüber im Hospital auf der Höhe, und kam nur abends herunter. Dann hatte sie immer eine Menge zu erzählen. Ihre Patienten waren immer an den gefährdeisten Stellen gewesen und waren ausnahmslos Helden, und die Schwestern hatten alle Romane erlebt. Das Friedensitzen machte ihr Vergnügen, und Rex meinte: „Die guten Gedanken kommen einem immer zu spät. Sie wären eine reizende Ärztin geworden. Nun einerlei . . . überlegen Sie sich das, so etwas suche ich schon lange."

Frau Lucy konnte nie genug hören von dem, was auf den Straßen zuging und in dem Lazarett. — Verwundete kamen in schwerbeladenen Zügen an. Siege und Jubel, Fahnen und bewegte Menschen, von den Balkons sprachen die Pfarrer, und der Krieg ging weiter, zermalmend wie ein schweres Rad, zerstörend, zerstampfend, vernichtend.

Immer neue Truppen wurden eingekleidet. Gesichter frisch und jung wie von Knaben, schauten unter den blumengeschmückten Helmen hervor. „Ach, diese Herden, wie sie vorbeigetrieben werden", sagte Frau Lucy, die am Fenster zuschaute. Das ewige Bumbum der Musik, die sie zum Bahnhof brachte, und wie sie ihre halbwelken Sträußchen sanft behüteten, die letzten Blumen aus dem heimatlichen Gärtchen, weinen mußte die alte Frau.

Der siebziger Krieg wurde ihr lebendig. Aber heuteloos wie eine dumpfe Ahnung über ihr, es waren zu viele Feinde geworden. „Wir schaffens nicht mehr."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110011-15/fragment/page=0002

Preußischer Landtag

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe kleiner Anfragen, die zum Teil noch vom Mai und Juni stammen. Dann wird die gestern abgebrochene Besprechung der Anträge auf Verbesserung der Milchversorgung fortgesetzt.

Abg. Peters-Hochdonn (Soz.): Ohne Planwirtschaft läßt sich die Milchnot nicht beseitigen.

Abg. Kilian (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen den Egoismus der Landwirte.

Abg. Westermann (Dem.): Schuld an der Milchknappheit und an dem hohen Milchpreis ist die furchtbare Dürre. Die Drohung des brandenburgischen Landbundes mit dem Lieferstreik wird kein verständiger Landwirt billigen. Die Regierung muß verhindern, daß deutsche Milch in Form von Trockenmilch und Schokoladenzusatz ins Ausland geschafft wird.

Abg. Jürgensen (U. S.): Der Lieferstreik der Produzenten sei ein Verbrechen gegen die Bevölkerung.

Abg. Conrad (Dn.) ruft: Ist das gleiches Recht?

Abg. Jürgensen (U. S.) bezeichnet das Eintreten für den Lieferstreik als eine Frechheit und wird deshalb von dem Vizepräsident Gerwich zur Ordnung gerufen.

Ein Vertreter des Staatskommissariats für Volksernährung: Die Erwägungen der Reichsregierung im Sinne der Verbesserung der Milchversorgung sind noch nicht abgeschlossen. Die Milchtrocknungsanstalten sind auch nach Ansicht des Staatskommissars eine Gefahr. (Hört! hört!) Die Herstellung von Schlagsahne ist grundsätzlich verboten und ein Verbot der Herstellung von Kunstschlagsahne wird erwogen.

Abg. Milberg (Dn.): Viele Landwirte waren zur Milchverfütterung gezwungen gewesen, weil sie keine Futtermittel erhielten.

Nach Schlußworten der Abgeordneten Frau Ege (Soz.) und Frau Christmann (U. S.) werden die Anträge dem Hauptausschuß überwiesen.

Abg. König (Soz.) begründet hierauf einen Antrag, die Reichsregierung möge ersucht werden, gemäß Artikel 138 der Reichsverfassung baldigst die Grundsätze für die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften aufzustellen.

Abg. Dr. Kriege (D. Vp.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag an sich zu, verlangt aber die Annahme des Zusatzantrages seiner Partei.

Abg. Wildermann (Zentr.): Wir werden für den Antrag der Volkspartei und gegen den Antrag der Sozialdemokratie stimmen.

Abg. Koß-Oeynhausen (Dn.): Nur auf dem Grunde der christlichen Religion kann sich entwickeln, was der Staat zu seinem Gedeihen braucht. Darum leistet die Kirche dem Staat eine sehr wertvolle Arbeit. Jetzt ist der ungünstigste Zeitpunkt für die Auseinandersetzung. Wir lehnen deshalb den sozialdemokratischen Antrag ab.

Abg. Kleinspehn (U. S.) stimmt dem sozialdemokratischen Antrag zu, lehnt aber den Zusatzantrag der Volkspartei ab.

Dann vertagt sich das Haus auf morgen 11 Uhr vormittags. Außer der Weiterberatung kleinere Vorlagen.

Zur Landarbeiterflucht

TU. Berlin, 30. September.

Es mehren sich die Klagen, daß landwirtschaftliche Arbeitskräfte der Landarbeit den Rücken kehren, um in gewerblichen Betrieben Arbeit zu übernehmen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Verordnung zur Behebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft vom 16. März und 28. Oktober 1919 (R.-G.-Bl. S. 310/1883 immer noch in Geltung ist. Diese bestimmt:

§ 3. Arbeitgeber außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dürfen bis zur Aufhebung dieser Verordnung Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben in der Land- und Forstwirtschaft tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie für land- und forstwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Ausnahmen können die Demobilisierungskommissare aus Gründen des öffentlichen Wohles für die Arbeitsstätten ihres Bezirkes bewilligen.

§ 6. Arbeitgeber, die den §§ 1 und 3 dieser Verordnung zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

Das Bürgertum vogelfrei

In Ibbehoe kam es, wie uns von dort geschrieben wird, zu so unerhörten Bedrohungen und Mißhandlungen von Bürgern und Bürgersöhnen, daß man sich fragt, ob es möglich ist, daß das Bürgertum sich so etwas bieten läßt. Eine Loge hielt ihre Gründungsversammlung ab. Man saß ruhig bei der Beratung, als eine Anzahl halbwüchiger Burschen das Haus stürmte. Einige ältere Herren traten dem Mob entgegen und suchten ihm den Zweck der Zusammenkunft zu erklären, es wurde aber garnicht auf sie gehört, sie wurden niedergeschlagen; andere Logenmitglieder wurden mißhandelt. Die Bande riß die Dekoration herunter, trat den schwarz-weiß-roten Fahnenschmuck mit Füßen, brüllte durch das Haus, schlug die ganze Loge in die Flucht und zertrümmerte die Fensterscheiben. In diesem Augenblick zog an dem Hause ein Fackelzug des Jugendbundes vorüber, der in Ibbehoe ein mehrtägiges Fest beging. Die Rotte stürzte auf die Straße und fiel über die jungen Leute her, entriß einigen die Fackeln und schlug in die Schar ein. Die im Zuge mitgeführte schwarz-weiß-rote Fahne wurde zerrissen, ihr Träger blutig geschlagen. Nach der ersten Ueberraschung setzten sich viele Angehörige des Jugendbundes zur Wehr und bei Fackelbeleuchtung entwickelte sich ein heftiger Straßenkampf, bei welchem es auf beiden Seiten Verletzte gab. Die auswärtigen Mitglieder des Jugendbundes flohen nach dem Eventinen-Stift, wohin die inzwischen verstärkte Rotte folgte. Hier gelang es der Polizei, den bereits begonnenen Sturm auf das Gebäude zu verhindern. Wie lange noch wird sich das Bürgertum das alles gefallen lassen?

Die großsäuigen Reden, die von den führenden Männern der Deutschnationalen Volkspartei auf dem Parteitage in München gehalten wurden, sind soeben bei der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle in Berlin SW., Bernburger Straße 24, erschienen. Sie bieten Freunden wie Gegnern tiefe Einblicke in das Wesen und in die Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei. Vor allem kommt in ihnen ein jeder Parteifreund auf seine volle Rechnung; das Mitglied, das auf dem Laufenden erhalten werden will über die Entwicklung seiner Partei, und nicht am wenigsten der Werber, der Redner, der den Goldwert jener klassischen Ausführungen in Papiergeld und Scheidemünze umzuwechseln hat. Wahre Fundgruben tiefer und hoher Gedanken bieten sich ihm dar in unübertrefflicher Fülle und in klarer Ausführung.

Weitere Entlassungsgesuche im Münchener Polizeipräsidium. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren, haben im Zusammenhang mit dem politischen Wechsel im Polizei-Direktorium München auch der Regierungsrat Lang vom Fremdenamt der Münchener Polizeidirektion und ferner Graf Soden von der Polizeistelle Nord-Bayern in Bamberg, um Entlassung von ihren Aemtern nachgesucht.

Austritt aus der Demokratischen Partei. Der Präsident des hessischen Landesamtes für Bildungswesen, Dr. Strecker, ist aus der Demokratischen Partei ausgeschieden und hat sich den Mehrheitssozialisten angeschlossen. Aus der Meldung über den Uebertritt ist leider nicht zu ersehen, ob der frisch gebackene Sozialist auch sein Amt als Präsident des Landesamtes, das er schließlich als demokratischer Vertreter erhalten hat, niederzulegen bereit ist, und wie sich die Demokraten zu diesem Fall stellen.

Halle und Umgebung

Halle, 1. Oktober.

Das Geld am „Ersten"

Nun ist wieder einmal der „Erste" da. In manch einer Familie hat man den Tag lange erwartet, denn die letzten Wochen stellten durch die immer mehr zunehmende Teuerung große Ansprüche. Zumal jetzt: da der Winter sich in den bunten Blätterkronen unserer Promenaden und Plätze angemeldet und das kalte Zimmer schon ein bischen Dienglut verträgt. Die Kohlen mußten noch gekauft werden, ehe eine neue Lohnerhöhung neue Kohlenpreise bringt, dann das Holz und die Kartoffeln und schließlich noch dies und das für die winterliche Wohnung und Kleidung.

Ja, ja, es gab der Sorgen vor dem „Ersten" genug! Die letzten Wochen waren „schrecklich"! Die Hausfrau stöhnt und rechnet noch einmal über, was heute schon vom eben erhaltenen Wirtschaftsgeld als große Rechnung davonläuft. Sie hat ja die meisten Sorgen, und ihr Los ist das schwerste bei allem Knapsen und Sparen! Immer mehr hat sie sich abgewöhnen müssen an Bequemlichkeit und Hilfe, und nun steht sie ganz allein in ihrem Hauswesen, in dem sich doch schon hier und da die Mängel allzugroßer Belastung zeigen. Und ihre Lieben sollen doch nichts davon merken, daß die Zeiten so schwer und die Gelder so knapp sind! Haben ja auch wieder ihre Sorgen in Beruf und Schule. Und 's Mutterle muß doch lachen, wenn die Gesellschaft daheim ist, denn sonst scheint eben nicht die Sonne . . .

Am Ersten — da gehts! Da liegt wieder mehr Hoffen auf dem Wege. Und vielleicht langt es dieses Mal zu einer kleinen Festlichkeit, die man sich und seinen Bekannten schon so lange schuldig ist. „Schuldig" — immer noch kein Umlernen in diesen Zeiten der Not, von der gerade der Mittelstand so arg betroffen wird?! Sollen wir nicht lieber gründlich Abkehr halten von falschem Schein und uns die Gewohnheiten einer besseren Zeit nicht endlich abgewöhnen?! Wir tauschen ja in den letzten Wochen und Tagen am Monatsende soviel Lebensglück dafür ein. Und die Hausfrau braucht nicht zu sorgen und zu rechnen und darf trotz allem und trotz allem strahlen und froh sein bis zum — nächsten „Ersten"! Hansei.

Genosse Thiele — Landrat a. D.

Die Wirkung des unter sozialistischem Regime entstandenen Gesetzes der Zwangspensionierung muß der durch die Revolution zu Amt und Würden gekommene Landrat des Saalkreises, der frühere Volksschullehrer, spätere Redakteur und noch spätere Landrat Adolf Thiele nun am eigenen Leibe spüren. Nach kaum zweijähriger Amtszeit muß er wieder von seinem Posten scheiden. Allerdings wird er weiter der sozialistischen Sache „an einem anderen Platze mit seiner ganzen Person dienen!" So, so . . .

Er vollendete am vergangenen Montag sein 68. Lebensjahr und muß nun gehen.

Wir gratulieren!

Ein Denkmal für die gefallenen Feldeisenbahner

Für die 15 000 im großen Kriege auf den Schlachtfeldern gebliebenen Feldeisenbahner-Kriegsteilnehmer und zur bleibenden Erinnerung an unser unbesiegtes Feldeisenbahner-Korps 1914/18 muß ein würdiges Denkmal erstehen.

Schlicht, einfach und würdig, gleich dem den Vater. Feldeisenbahn- und Postbeamten errichteten Denkmal, soll es sein, dem Ernst der Zeit angepaßt. Und doch werden große Mittel nötig, wenn das Werk zustande kommen soll. Darum helfe ein jeder nach Kräften, der sich mit uns Feldeisenbahnern-Kriegsteilnehmern verbunden fühlt. Jeder, der in den Reihen der Eisenbahner gestanden und treu seine Pflicht erfüllt hat, wer den Eisenbahnern so vieles zu verdanken hat, sie alle werden gern ihr Scherflein beitragen.

Blicken wir zurück auf die Augusttage 1914, auf den Beginn des Weltkrieges, so steht vor unser aller Augen das erhebende Bild nicht nur des geeinten deutschen Volkes, sondern auch die gängend durchgeführte gewaltige Transportbewegung unserer Aufmarschtruppen. Vaterländische Begeisterung leuchtete damals aus aller Augen! Damals gab es keinen Haß und Neid, Partei- und Standesunterschiede waren weggefegt. Es gab nur Deutsche! In diesem Geiste der Einigkeit waren wir befähigt zu den höchsten Leistungen. In diesem Geiste eilten die Eisenbahner zu den Fahnen, in diesem Geiste stegten wir, in diesem Geiste starben unsere Helden. Beiträge werden an folgenden Stellen entgegengenommen: 1. Deutsche Bank, Depositenkasse NS., Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Alle, 264 unter der Bezeichnung: „Denkmalsfonds der ehemaligen Feldeisenbahner-Kriegsteilnehmer". 2. Durch Zahlkarte auf das Postscheckkonto des Bundes Deutscher Feldeisenbahner-Kriegsteilnehmer 1914/18 für den Denkmalsfonds beim Postscheckamt Berlin NW. 7, Nr. 11920.

Vortragskalender des Deutschnationalen Volksvereins Halle-Saalkreis

Heute abend 8 Uhr im „Thaliasaal", Geiststraße, zur Feier des 74. Geburtstages Generalfeldmarschalls von Hindenburg Vortrag des Generals Maercker-Dresden über „Unser Hindenburg". Zur Verschönerung des Abends haben ihre Mitwirkung zugesagt Frau Baronin von Dincklage (Gesang), Fräulein Baumüller (am Ritterflügel) und Fräulein Käthe Weber (Rezitationen). Der Saal ist vollständig ausverkauft. Ein Zeichen, wie dankbar man auch heute noch dem General Maercker ist. Es sind nur noch Stehplätze zu haben.

Der Verein Jugendhilfe lädt zu einer Versammlung ein, die am Freitag, den 14. Oktober, abends pünktlich 8¼ Uhr in der Aula des Stadtgymnasiums, Sophienstraße, stattfindet. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Barg-Halle spricht über das Thema: „Wie helfen wir unserer gefährdeten Jugend?" Unsere Mitglieder werden gebeten, den Vortrag zu besuchen. Eintritt ist frei.

An der Völkerschlachtgedenkfeier am Dienstag, den 18. Oktober, im großen „Thaliasaal" bitten wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Gruppe Nord-Ost: Die bisher jeden Dienstag abends 8 Uhr im „Löwenbräu" stattfindenden monatlichen Zusammenkünfte der Gruppe werden von jetzt ab jeden Mittwoch abend 8 Uhr in den „Deutschen Bierstuben" (Ecke Delsauer- u. Ludwig-Wucherer-Straße) stattfinden. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, den 5. Oktober.

Gruppe Nord-West: Nachdem die erste nach den Ferien veranstaltete Zusammenkunft am 26. September in den „Weißbierhallen" einen von den zahlreich Erschienenen beifällig aufgenommenen Verlauf genommen — der tiefgründige Bericht des Herrn Prof. von Wolff über die Münchener Tagung erntete warmen Dank, ebenso die musikalischen Darbietungen der Konzertsängerin, Klavier- und Gesangslehrerin Fräulein Käte Kleinlein —, ist beschlossen worden, diese Gruppenzusammenkunft zu einer dauernden Einrichtung zu machen an jedem zweiten und vierten Montag abends 8 Uhr.

In der nächsten, am 12. Oktober am genannten Orte stattfindenden Versammlung wird neben musikalischen Darbietungen ein zweiter Bericht von Frau Prof. von Wolff, außerdem in dieser oder der nächsten ein Vortrag eines um die nationale Arbeit hochverdienten auswärtigen Führers dargeboten werden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß in dem Versammlungslokal täglich Zeitungen aus allen Teilen des Vaterlandes und einige Zeitschriften zu reger Benutzung ausliegen.

Gruppe Süd-Ost: Montag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr Nähabend der Gruppe im Landesverband, Leipziger Straße 17 II. Um zahlreiches Erscheinen der Frauen wird gebeten.

Am Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 Uhr im „Schultheiß-Restaurant", Merseburger Straße 10, Vortrag des Arbeiters Asche-Torgau über die politische Lage und Erlebnisse in Bayern. Musikalische und gesanglische Vorträge. Es wird um zahlreiche Beteiligung gebeten.

Arbeitergruppe: Am Freitag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr im „Evangelischen Vereinshaus", Mittelstraße 10, Mitgliederversammlung. Zu diesem Abend sind auch die Weihnachtswunschzettel der Kinder mitzubringen. Der Gruppe noch fernstehende Arbeiter können sich anmelden bei Herrn Robert Kleinlein, Schulstraße 11.

Beamtengruppe: Die nächste Versammlung wird im nächsten Vortragskalender bekanntgegeben. Anmeldungen zur Deutschnationalen Beamtenschaft e. V., Ortsgruppe Halle, werden in der Geschäftsstelle, Alte Promenade 10, entgegengenommen. Jahresbeitrag 5 Mark.

Lehrergruppe: Die Mitglieder des Deutschnationalen Lehrerbundes (Bundesverein Halle-Merseburg) werden gebeten, sich an der am 1. Oktober 10 Uhr vormittags im „Mozartsaal" stattfindenden Kundgebung für die Grenzmarken beteiligen zu wollen. Auf die Schulfragen, die abends 6 Uhr im selben Saal zur Verhandlung stehen, wird besonders hingewiesen.

Frauengruppe: Alle Frauen werden höflichst gebeten, sich an der Kundgebung für die Grenzmarken am 1. Oktober vormittags 10 Uhr im „Mozartsaal" zahlreich zu beteiligen. Desgleichen abends 6 Uhr im selben Saal an der Debatte über die Schulfragen. Anschließend Hindenburgfeier im „Thaliasaal". Für auswärtige Frauen sind Plätze reserviert.

Studentengruppe: Alle Kommilitonen werden gebeten, Sonnabend abend 8 Uhr im „Thaliasaal" zum Vortrag des Generals Maercker zur Stelle zu sein.

Im Büro Alte Promenade 10 liegt eine Bestelliste für das von Helfferich, Staatsminister a. D., geschriebene Buch über den Weltkrieg aus. Wir empfehlen die Anschaffung dieses Buches. Preis 105 Mark.

Auf die im Druck erschienenen Reden des Münchener Parteitages weisen wir nochmals hin.

Für die Unglücklichen in Oppau werden Spenden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Wir bitten dringend, sofort und viel zu geben.

Der „Deutschnationale Herold" erscheint in den nächsten Tagen wieder.

— Hat der Reichsfiskus einen Anspruch auf Regiments-Stiftungen? Diese Frage soll das Landgericht I zu Berlin in einem Prozesse des Vereins ehemaliger Kameraden des 2. Garderegiments zu Fuß gegen das Reichsarbeitsministerium entscheiden. Das Gericht hat kürzlich beschlossen, den früheren Vereinsvorsitzenden als Zeugen darüber zu vernehmen, ob er und die anderen Vereinsmitglieder bald nach der Schenkung erfahren haben, daß die Intendantur die geschenkten Beträge in Besitz genommen habe, und daß hiergegen von den Stiftern kein Einspruch erhoben worden ist. Daraus, daß das Gericht über diese jetzt vom Fiskus aufgestellte Behauptung Beweis erhebt, kann man mit Bestimmtheit schließen, daß das Gericht den Schenkungsvertrag selbst als nichtig ansieht, weil das Regiment mangels Rechtsfähigkeit keine Schenkungen entgegennehmen konnte, und weil die Schenker bestimmt nicht die Absicht hatten, dem Fiskus eine Zuwendung zu machen.

— Flugpost Berlin—Bremen. — Flugdienst bei der Kieler Messe. Die Flugpost Berlin—Bremen verkehrt ab 2. Oktober täglich ab Berlin 8,55 vorm., an Bremen 11,55. Zurück unverändert ab Bremen 12,30 nachm., an Berlin 3,30. Der zur Kieler Messe eingerichtet gewesene Flugpostdienst Kiel—Travemünde ist von der Deutschen Luft-Reederei, Berlin, in Gemeinschaft mit der Lloyd Luftverkehr G. m. b. H., Berlin, ausgeführt worden. Beide Gesellschaften haben auch den anschließenden, zur Badezeit eingerichteten Flugpostverkehr Travemünde — Warnemünde — Saßnitz — Swinemünde gemeinsam betrieben.

— Gegen die Verschandelung des Städtebildes in Deutschland durch Plakate an Mauern, Häusern, Denkmälern und öffentlichen Gebäuden, namentlich in den Großstädten, erwägt man gesetzgeberische Maßnahmen, da alle polizeilichen Strafen nichts helfen. Es mußte zu diesem Zwecke ein Verbot ausgesprochen werden, dessen Uebertretung nicht den Drucker der Plakate, sondern den Auftraggeber strafbar macht. Daneben kann der geschädigte Eigentümer noch Klage auf Sachbeschädigung anstrengen.

— Die kirchenmusikalische Ausstellung in den Räumen des Archäologischen Instituts der Universität ist, vielfachen Wünschen entsprechend, noch bis Sonntag einschließlich der Besichtigung zugänglich, und zwar jeden Tag von 10—12 und 3—5 Uhr. Wegen der überaus starken Beteiligung der beim Provinzialmusikfeste veranstalteten Aufführungen wird erwogen, den „Thomaskantor" von Schering und das „Domkonzert" nochmals zu veranstalten.

— Geldsammlung für die Verunglückten in Oppau. Die Arbeiterschaft und die Angestellten der Kaffee-Zu- und Ersatz Heinrich Franck Söhne, G. m. b. H., Halle a. S., haben 3000 Mark gesammelt und solche dem Hilfsausschuß für Oppau direkt übermittelt.

— Fritz Kerzmann, der beliebte Heldenbariton unseres Stadttheaters, wird am Donnerstag, den 6. Oktober, im Mozartsaal seine Kunst in den Dienst eines Rinkens-Abends stellen. Frau Ilse Rinkens-Otto bringt Melodramen zum Vortrag und Prof. Wilhelm Rinkens wird seine eigenen Werke selbst begleiten. Karten bei Heinrich Hothan.

Die Tätigkeit der Wuchergerichte. Nach einer amtlichen Denkschrift haben die Wuchergerichte im Jahre 1920 27 524 Verfahren wegen Wucher behandelt. Es wurde auf Freisprechung in 2297 Fällen erkannt, Geldstrafen wurden verhängt 8612 bis 1000 Mark, 3022 bis 20 000 Mk., 177 bis 50 000 Mk., 109 darüber, ferner wurden in 7676 Fällen die Beklagten zu Gefängnis, in 24 Fällen zu Zuchthaus verurteilt. In 1478 Fällen wurden die Wucherfälle öffentlich bekanntgemacht, 79 Personen wurde der Handelsbetrieb untersagt.

— Warnung vor einer Schwindlerin! In letzter Zeit ist hier eine Schwindlerin aufgetreten, die unter dem Vorgeben, billige Lebensmittel, besonders Kartoffeln und Mehl, besorgen zu können, mehrere Personen um über 1700 Mark geprellt und zum Teil auch noch bestohlen hat. Es handelt sich um die geschiedene Ehefrau Emma Klunkert geb. Schütze aus Kalbe (Saale), die sich offenbar wohnungslos hier herumtreibt. Von ihr Geschädigte wollen bei der Kriminalpolizei — Zimmer 20 — Anzeige erstatten. Beim Betreffen der Schwindlerin wird gebeten, sie durch den nächsten erreichbaren Polizeibeamten festnehmen zu lassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110011-15/fragment/page=0003

Kirchliche Nachrichten

für Erntedankfest, 19. Sonntag nach Trinitatis, den 2. Oktober.
(Sammlung für bedürftige Gemeinden in der Provinz Sachsen.)
Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

U. L. Frauen: 7 Jugendgottesdienst Knoblauch, 10 Knoblauch (Chorgesang), abds. 6 v. Dobschütz, vorm. 11¾ (K) Kirche Fritze, 11¾ (K) Klinik- und Kindergottesd. Knoblauch (Ref.-Regiumv.). — **St. Ulrich:** 10 Thiede (A), 11½ Francke (K) Martinschule Schütz, abds. 6 Schütz. — **St. Ulrich-Ost:** 10 Krondorfer Str. 6a Schütz, 11½ (K) Thiede, Dienstag abds. 8 Monatsvers. d. Ev. Männervereins St. Ulrich-Ost E. V., Landsberger Str. 68, Vortrag des Arb.-Sekr. Mesenholl „Der Friede von Versailles und seine wirtschaftlichen Folgen". Gäste auch willkommen. — **St. Moritz:** 8 Keller (A), 10 Voigt, 11½ (K) Voigt, 11½ (K) Kelleck. **Hospital:** 10 Keller. — **Domkirche** (reform. Gem.): Sonnabend abds. 6 Vorbereitung Baumann, Sonntag 10 Baumann (A), 11¾ (K) Baumann, 6 Schneider. Freitag 8 fällt aus. — **Laurentius:** 10 Förster (K), 2 (B) Diak.-Haus Ernst Wagner, 5 E. Wagner, 3 Sonntagsfeier der Alten und Einsamen Gem.-H. Dienstag abds. 8 (B) Gem.-H. Förster. — **Stephanus:** 10 Meinhof (A), 11½ (K) Gem.-H. Hagemeyer, 5 Förster. Mittwoch 3 Miss.-Nähver. Gem.-Haus. Donnerstag 8 Zeitandacht Gem.-H. Meinhof. — **Diakonissenhaus:** 10 Gutschmidt. — **Paulus:** 10 v. Broecker (A), 5 Bach, 11½ (K) Haberland, 2 (K) v. Broecker. Dienstag 8 Gemeinsch.-Stunde. — **St. Georgen:** 10 Witte (A), 5 Hellmann, (K): 11¾ Witte, 11½ Hellmann, 2 Gisefe. Mittwoch 5 Chl., abds. 8 Evang. Frauenhilfe. Donnerstag abds. 8 Besprechungsabend im Gem.-H. Vahldieck: „Wie stelle ich mich zu Jesus?". — **Riebeckstift:** 8¾ Witte. — **Johannis:** 10 Kindervater (Abschiedspredigt) (A), 11½ (K) Fischer, 12¾ (K) Butz. 2 (K) Fahrner, 6 Fischer. Lauchstädter Straße 28: 10 Manich. — **Ev.-luther. Gemeinde,** Weidenplan 4: 10 (G). — **Stadtmission:** Sonntag abds. 8¼ Evangelisationsvers. Winterberg. Dienstag abds. 8¼ Gem.-Stde. Sonntag abds. 8¼ Gemeinsch.-Stde Flottmeilstraße 20. — **Giebichenstein-Bartholomäus:** 10 Hellwig (Kirchenchor) (A), 11¾ (K) Wind, 6 Baentsch. Freitag abds. 8 (B) Pestalozzistraße 4. — **Cröllwitz-Petrus:** 10 Baentsch (Kirchenchor), 11½ (K) Kuntz. — **Trotha:** 10 Bode. — **Diemitz:** 9½ Erntedankfestpredigt (Kirchengesang-Verein) Petzold, 10½ (K). Montag 9½ Kirchweihpred. Petzold.

Christl. Gemeinschaft (i. d. Landeskirche) Margaretenstr. 5: Sonntag 11 Uhr Kindergottesd. 8½ Uhr Erntedankfeier: Familienabend mit Kaffee. Donnerstag 7½ Uhr Bibelstunde.

Ammendorf: Erntedankfest 10 Liturg.-musikal. Festgottesdienst. Balthasar. 1 Verl. der Konfirmierten, derf. — **Beesen:** Erntedankfest 10 Uhr Gottesdienst, P. von Stein. — **Büschdorf:** 9 Uhr cand. theol. Lüders.

— **Erntedankfeier der hallenschen Jugend in der Markkirche.** Am Sonntag, den 2. im Gilbhardt (Oktober) ladet die hallesche Jugend die Hallenser zu ihrer Erntedankfestfeier morgens ¾7 Uhr in der Markkirche ein. Und wer zu uns kommt, bringe, wir bitten darum, eine Gabe mit für die Aermsten der Stadt. Als ein Dankopfer legt sie nieder, die Brote oder Früchte oder sei es, was ihr habt, auf die Opfertische vor der Kanzel. Kommt pünktlich, denn wir schließen die Tore um 7 Uhr. — Liederblätter gibt es an der Kirchentür.

Aus Mitteldeutschland

Eine Protestversammlung der Gastwirte

Stendal, 30. September.

Eine Protestversammlung der Gastwirte der ganzen Altmark beschäftigte sich in Stendal mit der Bierpreiserhöhung. Nach längerer Aussprache beschloß man, sich den Beschlüssen der Magdeburger Protestversammlung anzuschließen und eine abwartende Stellung einzunehmen, bis die Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium abgeschlossen sind. Der geforderte Preis der Brauereien soll aber einstweilen angenommen werden. Es kostet also in der Altmark ein Zehntel Bier 75 Pfg., drei Zehntel 2,25 Mark.

Wieder: Futterkrippenpolitik

Der neue Landrat von Merseburg.

Merseburg, 30. September.

Der bisherige kommissarische Landrat, Gerichtsassessor Dr. Lehnsdorf, ist von seinem hiesigen Posten enthoben und dem preußischen Justizministerium zur weiteren Verwendung überwiesen worden. Zum kommissarischen Landrat im Landkreise Merseburg ist vom preußischen Minister des Innern der kommissarische Landrat Guske in Neustettin ernannt. G. war früherer Bürgermeister in der Berliner Vorortgemeinde Schöneberg. Politisch rechnet er sich zur mehrheitssozialistischen Partei.

Mißglückter Raubüberfall

Altenweddingen, 29. September.

Von drei fremden Gästen war bei dem Gastwirt Walstab im Kerling ein Raubüberfall geplant. Als die drei Kumpane merkten, daß man sich darauf vorbereitete, sie bei einem Raubzuge gebührend zu empfangen, zogen sie ab, gaben aber einen Schuß ab, durch den der Gastwirt im Gesicht verletzt wurde. Am nächsten Morgen fand man im Torweg einen Mann vor, der durch einen Kopfschuß tödlich verletzt war. Er gehörte zu den dreien, die am Vorabend als Gäste in den Kerling gekommen waren. Es muß angenommen werden, daß er von seinen Kumpanen verfehentlich erschossen worden ist. Der Räuber hatte eine Lohnbüte aus Gardelegen bei sich.

Wegen des Hakenkreuzes zu Tode geprügelt

Kassel, 29. September.

Von politischen Gegnern zu Tode mißhandelt wurde in dem kleinen Ort Grebenstein bei Kassel das Mitglied des Jungdeutschen Ordens namens Koch. Dieser kam von einer Kneipereien und geriet auf dem Nachhauseweg in erregte Auseinandersetzungen mit einigen Arbeitern, in deren Verlauf Koch das Hakenkreuz von der Brust gerissen, er selbst geschlagen, zu Boden gewerfen und mit Füßen getreten wurde. Die Mißhandlung hatte zur Folge, daß Koch ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er verstarb. Als Täter ist der Arbeiter Vogt mit drei Mittätern verhaftet worden.

Eine Millionenstiftung

Wernigerode, 29. September.

Der Fürst zu Stolberg-Wernigerode hat aus Anlaß des Tages, an dem er vor 25 Jahren Chef des Hauses Stolberg-Wernigerode wurde und das Stammgut übernahm, Stiftungen in Höhe von einer Million Mark gemacht. Unter anderen erhielten der Beamten-Pensionsfonds und der Beamten-Unterstützungsfonds je 250 000 Mk., die Armen der Stadt und das Altersheim in Wernigerode je 100 000 Mk., der Rentnerbund in Wernigerode 50 000 Mk., das Gymnasium als Fonds für Schüler-Prämien 10 000 Mk.

U. Halberstadt, 30. Sept. (Ein gemeingefährlicher Eisenbahndieb), dem zwei frische Gepäckraubereien in D-Zügen nachgewiesen werden konnte, stand als der 38jährige Richard Römer aus Dongig vor der hiesigen Strafkammer. Er war beschuldigt, eines Tages im Juli aus dem Kölner D-Zug während des kurzen Aufenthalts auf dem Halberstädter Bahnhof einen Koffer mit Inhalt im Werte von 60 000 Mark dem Kaufmann Bartels aus Berlin und an einem anderen Tage aus dem D-Zug zwischen Oebisfelde und Stendal dem Kaufmann Hoffweißig aus Hannover eine Reisetasche und das Reisegepäck (Stock, Schirm, Mantel usw.) entwendet zu haben. Schließlich hat er sich noch einen Betrug geleistet, indem er in Thale im Hotel „Roß" sich vom Oberkellner ein Darlehn geben ließ und dafür eine verschlossene, schwere Handtasche verpfändete, in der sich bei späterer Oeffnung — ein schwerer Stein befand. Römer bestritt sämtliche Straftaten. Da der zweite D-Zug-Diebstahl nicht aufgeklärt werden konnte, wurde diese Sache abgetrennt. Wegen des ersten Diebstahls und des Betrugs erhielt er zwei Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

d. **Langenstein,** 29. Sept. (Bewaffnete Räuber) drangen in eine Wohnung ein, hielten das allein anwesende Dienstmädchen mit einem Revolver in Schach und durchstöberten dann die Schränke usw., um mit einer Kassette mit 4000 M. und den Familienpapieren zu verschwinden.

— **Kamenz,** 30. September. (Eine historische Gaststätte geschlossen.) Sang- und klanglos wurde der hiesige Ratskeller, der schon im Jahre 1400 bestand, geschlossen. Die bisherigen Schankräume werden umgebaut und sollen dann die städtischen Spar- und Girokassen aufnehmen.

— **Lichtenstein-Callenberg,** 30. September. (Der Kampf gegen ein Denkmal.) Die hiesigen Betriebsräte hatten beim Stadtrat beantragt, das König-Albert-Denkmal beseitigen zu lassen. (!) Der Rat verwies die Angelegenheit an die Stadtverordneten, die ihrerseits beschlossen, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuverweisen.

— **Wurzen,** 30. September. (Von der Lokomotive überfahren.) Der verheiratete Schaffner Sonntag wurde hier beim Ueberschreiten der Gleise von einer Lokomotive überfahren und getötet.

— **Waldenburg,** 30. September. (Das Skelett eines etwa 55 Jahre alten Unbekannten), der 60 Mark bei sich hatte, wurde in einem Gestrüpp bei Callenberg aufgefunden. Vermutlich liegt Selbstmord vor.

Volkswirtschaftlicher Teil

Vom Devisenproblem

In den „Hamburger Nachrichten" findet sich die Wiedergabe einer Unterredung mit Herrn Urbig, dem Geschäftsinhaber der Berliner Diskonto-Gesellschaft, über das Devisenproblem. Urbig führt darin etwa folgendes aus:

Die Finanzlage des Reiches ist trostlos, die schwebende Schuld steigt dauernd. Wenn sie im gleichen Maße sich fortsetzt, so ist damit zu rechnen, daß der Fehlbetrag am Ende des Etatsjahres in der Reichskasse infolge schwebender Schulden rund 88 000 Millionen beträgt. Eine Besserung ist zurzeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil wirkt z. B. das Ausgleichverfahren wie ein Blutegel am Inhalt der Reichskasse. Die Kaufkraft der Mark hat seit dem Frühjahr, der Zeit der Ultimatumannahme, eine starke Minderung erfahren. Damals waren 124 Papiermark gleich 10 Goldmark, heute nach Zahlung von 500 Mill. Goldmark als Reparationskosten sind 231 Papiermark erforderlich, um 10 Goldmark zu kaufen. Die Ententeforderungen stellen eine Belastung des deutschen Volkes von jährlich 4 Milliarden Goldmark auf die Dauer von etwa 75 Jahren dar. In der Regierung sitzen Leute, die diese Lasten für erträglich halten, und erst durch Ausländer, wie Kaynes, sind sie etwas stutzig in bezug auf ihren Optimismus geworden, nachdem sie die Stimmen des Inlandes stets verachtet hatten.

Unsere Ausfuhr hat im Jahre 1920 nicht ganz 5 Milliarden Goldmark betragen. Zu einer Ausfuhr von 1000 Mk. Warenwert aus Deutschland ist eine Einfuhr von etwa 600 Mk. Rohstoff notwendig. Der Ueberschuß der Ausfuhr war sonach im Jahre 1920 zwei Milliarden Goldmark, ein Betrag, der nicht ausreicht, um die Einfuhr von Nahrungsmitteln usw. zu decken. Was darüber hinaus noch an ausländischem Gelde gebraucht wurde, mußte also durch einen Verkauf von Papiermark aufgebracht werden, und es ist gleichgültig, ob man diese Papiermark im Auslande unterzubringen sucht oder ob das Reich hier als Käufer von Devisen im offenen Markt auftritt. Eine Verschlechterung der Reichsmark war also unvermeidlich und bleibt es auch, wenn wir nicht zu einer Aenderung der Zustände gelangen können, die die Ursache der Verschlechterung bilden.

Die Steuern, die Deutschland tragen soll, können ebenfalls nicht zu einer Gesundung der Finanzen verhelfen. Die Ziffern des Haushalts und der Ententeforderungen sind zu groß. Der wieder aufgetauchte Plan einer Devisenzentrale würde geradezu eine Prämie auf die Unanständigkeit aussetzen, wenn er zur Durchführung gelangen würde; er ist eine Torheit, die jeder Fachmann bekämpfen muß.

Vier große Vorbedingungen gibt es, nach deren Erfüllung sich eine neue wirtschaftliche Weltordnung anbahnen kann, nämlich:

1. Die Zurückführung der Entschädigungsforderungen auf ein vernünftiges Maß und der Verzicht auf alle militärischen Zwangsmaßnahmen.

2. Die Aufhebung aller Hindernisse, welche sich allenthalben wie große Mauern gegen die Verästelungen des Welthandels erheben und deren Beseitigung dazu beitragen muß, die Währungen wieder ins Lot zu bringen.

3. Der Wiederaufbau der östlichen Staaten, namentlich Rußlands, zu Produktionsländern und zu Versorgern der alten Welt mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

4. Eine Neuordnung der Arbeit in der Erkenntnis, daß das zur Aufrechterhaltung der Kulturfortschritte erforderliche Quantum individueller Arbeit unterschritten ist und daß auch hiermit eine Verbilligung der Produktion, eine Verminderung der staatlichen Lasten angestrebt werden muß.

Die Regierung darf nicht des Glaubens sein, daß ihr, nachdem sie das Ultimatum angenommen hat, auch die Erfüllung ohne weiteres gelingt. Aus den Steuern ist die Summe nicht aufzubringen, auch bei Besteuerung der sog. Goldwerte. Eine Anleihe auf Grund der Goldwerte, die in letzter Zeit diskutiert wurde, wäre nur möglich, falls die Summe der Kriegsentschädigung feststände, am Anfang einer unübersehbaren Verpflichtung erscheint sie höchst problematisch. Und wenn selbst ein Land bereit wäre, uns eine Milliarde Goldmark vorzustrecken, so würden wir doch in Kürze wieder vor der Frage stehen: Was nun?

Markbesserung in New-York

Der 28. September brachte für die Mark eine Besserung. Um 10 Uhr stellte sich der Kurs auf 0,81½ Geld und 0,81¾ Brief. Auf diesem Stande blieb die Mark, abgesehen von kleinen Schwankungen, bis zum Schlusse der Börse um 3 Uhr bestehen. Um diese Zeit wurde die Mark mit 0,81½ gehandelt. Nachhörlich machte die Besserung weitere Fortschritte, und um 4½ Uhr hatte die Mark einen Stand von 0,82¼ Geld und 0,82½ Brief erreicht. Der höchste am heutigen Tage erreichte Kurs war 0,88, der niedrigste 0,81.

Laut „Daily Expreß" ist die Spekulation in deutscher Mark in der City sehr groß. Ein hervorragender Cityhankier erklärte der „Times", es sei keineswegs ausgeschlossen, daß sich 10 Milliarden deutscher Mark in England befinden. Ein Inchcape erklärte in einer gestern gehaltenen Rede, dem Fallen der deutschen Mark könne nur durch Förderung der deutschen Ausfuhr Einhalt getan werden.

Aktiengesellschaften

★ **Wallwitz-Wettiner Kleinbahn A.-G.** Die Generalversammlung wurde von Regierungsrat Dietze eröffnet, der die ordnungsmäßige Einberufung der Versammlung feststellte. Die baulichen Anlagen der Bahnen haben sich im abgelaufenen Betriebsjahre nicht geändert, das Betriebsergebnis hat sich insofern verschlechtert, als das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen ungünstiger ist. Immerhin ist der Abschluß noch verhältnismäßig gut. Der Rohgewinn beträgt 144 147,83 Mk. Hiervon gehen die Mittel für den Erneuerungsfonds, Abschreibung und dergleichen ab, sowie 20 000 Mk. für ein neuerrichtetes Betriebs-Erhaltungskonto, aus dem die Untersuchungskosten für Lokomotiven bestritten werden sollen. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 41 147,83 Mk. soll auf ein Kapital von 1 Million Mark 4 Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Der Aufsichtsrat wurde entlastet, Neuwahlen waren nicht vorzunehmen.

★ **Sächsische Waggonfabrik Werdau, A.-G.** Dividendenvorschlag 25 Prozent (25), Sondervergütung 12½ Prozent, 8 Prozent (8) auf Namensaktien.

★ **Königsborn, A.-G.** Dividendenvorschlag für Januar-Juni 1921 10 Prozent.

★ **Maschinenbau-A.-G. Golzern-Grimma.** Dividende 6 Prozent für Vorzugsaktien, 30 Prozent (20) Stammaktien, 300 Mk. auf Genußschein, 20 Prozent Sondervergütung auf Stammaktien, 200 Mk. Sondervergütung auf Genußschein.

Altenburger Landkraftwerke, A.-G. Die Verwaltung beantragt wieder 8 Prozent Dividende.

Straßenbahn und Elektrizitätswerk Altenburg, A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 9½ Prozent vor.

Beträchtliche Kapitalserhöhung der Zimmermann-Werke in Chemnitz. Die Gesellschaft beruft auf den 22. Oktober eine ao. G.-V., in der über eine Kapitalserhöhung von 20 892 000 Mark auf 34 752 000 Mark durch Ausgabe von 10 500 Stück auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 1200 Mark und 1050 Stück auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien zu je 1200 Mark Beschluß gefaßt werden soll. Die näheren Ausgabemodalitäten sind die ao. G.-V. fest. — Die letzte Kapitalserhöhung erfolgte im Februar d. J. Damals wurden 8 100 000 Mark Stammaktien und 1 992 000 Mark Vorzugsaktien ausgegeben, erstere den Aktionären zu 120 Prozent angeboten.

Gehe & Co., A.-G., Chemische Fabriken in Dresden. Die Gesellschaft hat die Firma Th. Burk in Stuttgart mit sämtlichen Aktiven und Passiven übernommen, und führt sie als Filiale Stuttgart weiter. Die bisherigen Inhaber der Firma Th. Burk, Gottlob Brand und Hans Müller-Palm, führen die Geschäfte bei Stuttgarter Niederlassung weiter.

★ **Danziger Privat-Aktien-Bank.** Bankdirektor Wilstätter ist gestorben. Bankdirektor Otto Drewitz ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied gewählt.

Kohlenproduktion des Deutschen Reiches (ohne Saarrevier und Pfalz) betrug vom Januar bis August 1921 für Steinkohlen 88 994 744 Tonnen (i. V. 84 187 261), für Braunkohlen 80 461 913 Tonnen (71 089 795), für Koks 18 482 959 Tonnen (16 083 183), für Preßkohlen aus Steinkohlen 3 747 332 Tonnen (3 112 485), für Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Naßpreßsteine) 18 766 599 Tonnen (15 663 832).

Die Vorarbeiten für einen neuen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag sollen nach Meldung einer Berliner Korrespondenz sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages zwischen beiden Regierungen in Berlin aufgenommen werden. Man hofft, diesen Vertrag noch in diesem Jahre abschließen zu können.

Bevorstehende Erhöhung des Goldzuschlages. Das Aufgeld auf den Goldzuschlag, das seit dem 10. November 1920 auf 900 belassen worden ist, dürfte, wie verlautet, sobald die französischerseits offiziös angekündigte Aufhebung der Sanktionen erfolgt ist, dem effektiven Goldpreise näher angepaßt werden.

Preiserhöhung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband hat seine Grundpreise, die er erst am 27. Sept. um 250 Mark heraufgesetzt hatte, mit Wirkung ab 28. Sept. um 300 Mark auf 4100 Mark für den D.-Ztr. heraufgesetzt.

Börsenberichte

Produktenmarkt. Berlin, 30. September. Starker Rückgang der Devisenkurse wirkte am Markte allgemein abschwächend. Die Verkäufer zeigten sich zu Preisnachlässen geneigt, während die Käufer sich zurückhaltend zeigten. Weizen erwies sich widerstandsfähiger als Roggen, der namentlich aus zweite Hand angeboten wurde. In Gerste erfuhr das Geschäft eine Einschränkung. Hafer litt unter Angebot. Interesse dagegen herrschte für Mais. Mehl wurde nur wenig, teilweise zu billigerem Preis angeboten. Kleie hatte ruhiges Geschäft. Für Raps waren die gestrigen Höchstpreise nicht mehr zu erzielen. Leinsaat soll in den letzten Tagen in der Provinz vielfach nach dem Rhein verkauft worden sein; hier jedoch blieb das Geschäft still. Hülsenfrüchte und Futtervartikel wurden nur in beschränktem Umfange umgesetzt. Von morgen ab erfolgen die amtlichen Notierungen mit Ausnahme von Mehl für 50 Kilogramm.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 30. September.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 20—23.
Haferstroh drahtgepreßt 24—27, Stroh seilgebündelt 16—18.
Langstroh seilgebündelt 19—21.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 68—75, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 65—68, gesund und trocken, 53—59.
Kleeheu 83—90, alles ab Stationen.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 30. Sept. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	3050/3075	Zinn (Banca-Straits-Australi	7000/7200
Orig.-Hütt.-Weichblei	1040/1070	Hüttenzinnmind. 99 %	6300/6300
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1050/1075	Reinnickel (98-99 %)	6000/6200
Remelted-Platten-Zink	875/900	Antimon (Regulus)	1150/1200
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99 % (in gekerbten Blöcken)	4400/4500	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	2200/2250
Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtbarren	4600/4700	Elektrolytkupfer p. 100 kg	3328
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	—
		Preis des Zinkhüttenverbandes	1220

Devisen-Notierungen

Berlin, 30. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	3696,30	3703,70	Paris	834,15	835,85
Brüss.-Antwerp.	809,15	810,85	Schweiz	2017,95	2022,05
Christiania	1433,75	1436,45	Spanien	1508,45	1511,55
Kopenhagen	2072,90	2077,10	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	2577,40	2582,60	Oesterr. abgest.	7,53	7,57
Helsingfors	162,80	163,20	Prag	123,10	123,40
Italien	459,50	460,50	Budapest	16,48	16,52
London	429,05	429,95	Poln. Mark	—,—	
New-York	115,38	115,62			

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Kesselschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Geitlin; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Seelheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V.: Lothar Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110011-15/fragment/page=0004